

Fordern wir das Unmögliche?

Die Delegierten stimmten für weitreichende Forderungen in Bezug auf Inklusion, den Betreuungsschlüssel für Erzieher_innen und die Arbeitszeit von Lehrer_innen

Der Bildungsbericht, den die Behörde dieser Tage auf den Tisch legte (s. auch S.14), bestätigt unsere Annahmen in Hinblick auf das Ausmaß der sozialen Spaltung der Stadt. Sie spiegelt sich einerseits in der Schulstruktur wider und gleichzeitig wird deutlich, wie diese Struktur dazu beiträgt, dass sich die Segregation verschärft. Materielle Armut korreliert in hohem Maße mit Bildungsarmut, aus der für die Kinder aus diesen Familien die Bildungsbenachteiligung erwächst. Um dieses Dilemma unseres Schulsystems aufzuzeigen, stellte der Geschäftsführende Ausschuss, in diesem Fall unter Federführung

unseres stellvertretenden Vorsitzenden Fredrik Dehnerdt, einen Leit Antrag zur Diskussion, der genau diese Zusammenhänge in den Fokus stellt. Aus der Analyse der vom Senat zu verantwortenden Entwicklung benennt sich der Titel: ‚Bildungspolitik in einer gespaltenen Stadt‘ und zeigt zunächst, welche finanziellen Potenziale diese Stadt hat. Um die Dimension dessen aufzuzeigen, was denn an internationalen Maßstäben gemessen möglich wäre, heißt es: „Wir fordern den Senat auf, Bildung endlich angemessen zu finanzieren und sich dabei am OECD Mittelwert von knapp 6 Prozent zu orientieren. Dies bedeutete für Hamburg,

das 2013 ein BIP von 97,7 Milliarden Euro aufwies, Bildungsausgaben in Höhe von 5,862 Milliarden Euro und gemessen am Haushalt 2015/16 eine Verdopplung der Mittel für die Ressorts Soziales, Schule und Berufsbildung sowie Wissenschaft und Forschung. Mit Verweis auf die Schuldenbremse werden immer neue Sozial- und Bildungskürzungen begründet. Dabei hat Deutschland kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem. Die steuerliche Begünstigung von Vermögenden, Spitzenverdienern und Unternehmen haben in den letzten Jahren zu drastischen Steuerausfällen geführt. Deutschland hat in Europa eine



Abschied von der Bescheidenheit – die Delegierten stimmten eindeutig

Abwärtsspirale des Steuerdumpings mitbetrieben, deren Folgen allerorts leere öffentliche Kassen sind. Ausdrücklich lehnen wir die Unterwerfung der öffentlichen Haushalte unter das Diktat der Schuldenbremse und die daraus resultierende Spar- und Kürzungspolitik ab. Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse sein.“

Dieses Thema sei deswegen immer wieder zu traktieren, so Fredrik, weil dabei deutlich wird, dass der gesellschaftliche Reichtum ausreichen würde, um den bildungspolitischen Erfordernissen gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund sei es eben nicht unverhältnismäßig zu fordern, so unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze sekundierend, dass es, um die von allen Parteien gewollte Inklusion von benachteiligten Kindern und Jugendlichen wirklich erfolgreich durchführen zu können, des alten Standards von Integrationsklassen bedarf. Und dies bedeutet: es müssen 550 Stellen mehr ins System kommen.

Nicht weniger personalintensiv sind die Neuerungen in den Kitas. Der Senat hat, wie versprochen, die Kitas (5 Stunden) beitragsfrei gestellt und zudem einen Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr umgesetzt.



Neu in den Landesvorstand gewählt – Eva Klock, Rudolf Ross GS

Dadurch sind mehr Zwerge in den Kitas, die Arbeit wird belastender. Und: Der Senat hatte auch versprochen, die Qualität der Betreuung zu verbessern. Nun wird deutlich, auf wessen Kosten das alles geht. Das Bundesland mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen ‚leistet‘ sich den schlechtesten Personalschlüssel. Insofern findet sich nur konsequent in dem Antrag die bereits mit viel Schwung auf die Straße gebrachte Forderung nach 25 Prozent mehr pädagogischem Personal wieder.

Auch der Blick auf die viel gerühmte berufliche Bildung ist angesichts der neuesten Zahlen ernüchternd. Bei 37 Prozent Übergangsquote in eine duale Ausbildung bedarf es noch viel Anstrengung, um das vom Senat selbstgesetzte Ziel einer Ausbildungsgarantie auch nur annähernd einzulösen. Der Antrag umfasst einen Fächer

Gewählt wurden

in den Landesvorstand: Eva Klock (Rudolf Ross Grundschule) und Hans Christov (STS am Hafen)
als ständige Mitglieder der Landesschiedskommission: Sigrid Strauß, Frieder Bachteler, Klaus Bernhardt und *als Stellvertreter innen:* Marianne Hansen und Volker Peters, ein Platz blieb unbesetzt.

von Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um dem Ziel näher zu kommen. Dazu gehört auch die Berufsvorbereitung, die Berufsschulkolleg_innen an den Stadtteilschulen betreiben. Ursprünglich hatte es geheißen, dass die Stadtteilschulen diese Stellen nicht auf ihren Personalbestand angerechnet bekommen. Es passierte nun aber genau das. Ein Antrag, der die Rücknahme dieser Anrechnung fordert, wurde einstimmig angenommen.

Weit weg vom Ziel einer Ausbildung, die Rücksicht auf die gesundheitliche Belastung der ihr Anvertrauten nimmt, hat sich die Situation der Referendar_innen entwickelt. Die zentrale Forderung lautet: Deutliche Reduzierung des bedarfsdeckenden



Neu in den Landesvorstand gewählt – Hans Christov, Stadtteilschule am Hafen

Unterrichts und, da die Bezüge in den letzten Jahren immer weiter abgesenkt wurden, eine deutliche Heraufsetzung der Einkommen.

Prekäre Beschäftigung prägt – wie bekannt – einen großen

Teil des wissenschaftlichen Personals an der Uni. Die GEW fordert deshalb den Anspruch auf eine Vollzeitbeschäftigung sowie die Wiedereinführung der gruppenspezifischen Mitbestimmung.

In Sachen Schulstruktur wird in den Leitlinien gefordert, dass es – solange wie ein 2-Säulen-Modell existiert – eine Gleichbehandlung beider Säulen geben muss, womit aktuell vor allem die Verantwortung der Gymnasien für die Inklusion eingefordert wird. Das Ziel bleibt ‚Eine Schule für Alle‘ und auf dem Weg dorthin sind alle denkbaren Kooperationen zwischen Stadtteilschulen und Gymnasien zu suchen. Insbesondere verweist der Antrag auf unser Modell ei-

ner flexiblen Oberstufe zwischen zwei und vier Jahren.

Zum Letzteren gab es Kritik und Skepsis, wie so etwas zu erreichen sei. Mit dem Zugeständnis, dass der Teufel auch hier im Detail stecke, aber grundsätzlich über eine Modularisierung so etwas möglich sei (s. Beispiel Baden-Württemberg und Finnland im Kasten), wurde der Antrag, diesen Passus zu streichen, mit großer Mehrheit abgelehnt.



Tom Jakobi vom Gymnasium Osterbek zweifelt, ob denn eine flexible Oberstufe, wie von der GEW gefordert, überhaupt praktisch umsetzbar sei

Der Antrag zur Arbeitszeit von Lehrer_innen war von den eben genannten Forderungen separat gestellt. Im Kern sah er die Heraufsetzung der A-Zeiten sowie eine Deckelung der Unterrichtsstunden auf 24 Stunden vor. Demgegenüber fanden die Delegierten in der Begründung des Antrags kein Abrücken von unserer bisherigen Linie der Ablehnung des Arbeitszeitmodells, das ja längst in eine Verordnung gegossen wurde. Eine Ablehnung, die sich darauf gründet, dass wir nach wie vor der Überzeugung sind, dass dieses „Modell“ Neid und Missgunst unter den Kolleg_innen befördert und statt Solidarität ein Konkurrenzdenken hat entstehen lassen, das,

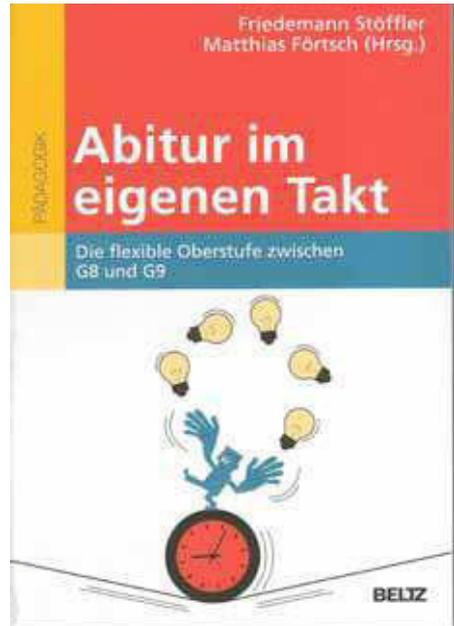
G 8-10

Machen wir es wie die Finnen

Dass man eine flexible Oberstufe einrichten kann, zeigen uns die Baden-Württemberger und sie erklären in ihrem Buch auch, warum das sinnvoll ist. Darüber hinaus beschreibt ein Beitrag, wie das in Finnland organisiert ist. Und siehe da, dort gibt es bereits das, was wir wollen! Dass man das Abitur in zwei, drei oder auch vier Jahren machen kann. Es wird

periodisiert, damit sich der Schüler oder die Schülerin in einem bestimmten Zeitintervall auf wenige Lernfächer konzentrieren kann. „Modularisierung und Periodisierung ermöglichen somit in der klassenstufenfreien Arbeitsweise, das Lernpensum im eigenen Tempo nach einem individuellen Kursplan in drei oder vier Jahren zu absolvieren. Die meisten machen das Abitur in drei Jahren, 15 bis 20 Prozent der Schüler_innen brauchen vier Jahre, oft, weil sie ein zeitintensives Hobby oder Lernschwierigkeiten in einem oder mehreren Fächern haben. (...) Auch eine kürzere Dauer als drei Jahre ist möglich, wenn die geforderten 75 Kurse absolviert sind.“ Annelie Richter: Die gymnasiale Oberstufe im finnischen Schulsystem, in: *Abitur im eigenen Takt* S. 53, s. Faksimile

Wenn sich so etwas in einem Land durchsetzen lässt, das nicht ausschließlich von städtischer Struktur geprägt ist und Baden-Württemberg als Flächenland Ähnliches meistert, dann müsste sich dies in einem Stadtstaat wie Hamburg umso leichter realisieren lassen. (JG)





Dirk Poppner, Mitglied im Gesamtpersonalrat, machte auf den Widerspruch aufmerksam, der entsteht, wenn wir einerseits die Heraufsetzung von A-Zeiten fordern, gleichzeitig aber weiterhin bei unserer Ablehnung des Arbeitszeitmodells (LAZVo) bleiben

gepaart mit den Möglichkeiten, die der Arbeitgeber im Zusammenhang mit der selbstverwalteten Schule geschaffen hat, Karrieredenken und Hierarchien dort hat entstehen lassen, wo vormals das Kollegialitätsprinzip vorherrschte. In Bezug auf die Deckelung von 24 Stunden wurde angemerkt, dass vor der Einführung des Arbeitszeitmodells (bis 1995) für Gymnasial- und Berufsschulkolleg_innen 23 Pflichtstunden galten, von denen dann Stunden für Klassenlehrer_innen, Prüfungsausschüsse, Betreuung von Sammlungen u.v.a.m. abgezogen wurden, so dass 20 Stunden vor der Klasse für diese Berufsgruppen eher der Normalfall waren.

Vor dem Hintergrund dieser Argumentation wurde ein Antrag gestellt, dass keine Kollegin und kein Kollege – unabhängig jedweder Berechnungsgrundlage – mehr als 20 Stunden vor der Klasse stehen solle. Der Antrag wurde angenommen.

JOACHIM GEFFERS

Was sonst noch geschah

Als Gast konnte der erst seit wenigen Wochen im Amt agierende Vorsitzende Berthold Bose von ver.di in Hamburg die Delegierten in einer schwungvollen Rede davon überzeugen, dass er bereit sei, alles dafür zu tun, etwaige Konflikte zwischen den beiden Verbänden gar nicht erst entstehen zu lassen. Ein Aspekt seiner Rede waren die Gefahren im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Freihandelsabkommen TTIP, Ceat etc. In Bezug auf das in der Diskussion stehende Tarifeinheitsgesetz warnte er vor der Gefahr einer Einschränkung des Streikrechts. Er verwies vor dem Hintergrund der Arbeitskämpfe bei der Bahn auf die Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf, die, in Abgrenzung zum Beschluss des DGB-Bundesvorstandes, von GEW, NGG und ver.di unterzeichnet wurde. Ein ebenfalls auf diesen Komplex bezogener (Dringlichkeits-)Antrag – Wie halten wir's mit der GDL? – konnte aus Zeitgründen nicht mehr abgestimmt werden und wurde somit zwecks Diskussion und Abstimmung an den Landesvorstand verwiesen.

Zu den anstehenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst in Bezug auf Erzieher_innen und sonstiges pädagogisches Personal informierten unsere Tariffreferentin Birgit Rettmer und Jens Kastner (KiJu). Im kommenden Jahr finden danach zwei große Tarifauseinandersetzungen statt:

Im Länderbereich sind die Entgelttabellen des TV-L zum Jahresende gekündigt worden. Neben der Forderung nach einer besseren Bezahlung steht für die GEW vor allem der Abschluss einer Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte im Vordergrund, unter die in Hamburg auch die etwa 450 Vorschulklassenleitungen fallen. Später wird dann das Gleiche für die Erzieher_innen anstehen. Die Verhandlungen beginnen Ende Januar und sind bis in den März hinein terminiert. Die GEW wird über den jeweiligen Stand der Verhandlungen informieren.

Beschlossen wurden noch zwei Anträge zur Besserstellung des pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals (PTF-Mitarbeiter_innen) und zur Beibehaltung des Türkischstudiums für das Lehramt an der Uni Hamburg.

Verwiesen an den Landesvorstand wurden aus Zeitgründen wie bereits oben erwähnt ein Antrag mit dem Titel: Ja zum Ausstieg aus der Bescheidenheit, der unsere Positionierung zur GDL verlangt sowie ein Antrag des Bleiberechtsausschusses der GEW mit dem Titel: Menschenwürdige Lebensbedingungen für Flüchtlingskinder und ihre Familien schaffen und Lernbedingungen verbessern. JG



Berthold Bose, Vorsitzender von ver.di Hamburg, warnte vor den Folgen der Freihandelsabkommen sowie der Einschränkung des Streikrechts